

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Reichstag gegen Reichsrat.

Die Frage des Verfassungstages bleibt unerledigt. - Bürgerblock und Reichsregierung sabotieren.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Reichsausschusses des Reichstages stand die Frage des Verfassungstages. Vor Eintritt in die Tagesordnung wies Genosse Dr. Rosenfeld auf die gestrigen Reichsratsbeschlüsse hin, nach denen noch jetzt bis zum 11. August 1927 eine gesetzliche Regelung des Verfassungstages wünschenswert sei.

Reichsinnenminister von Keudell erwiderte, daß der Reichsrat erst vor acht Tagen beschlossen habe, sich gestern mit dem Verfassungstag zu beschäftigen. Näheres über die Behandlung der Angelegenheit in den Ausschüssen des Reichsrats könne er nicht angeben, da die Verhandlungen geheim geführt worden seien und weil er befürchte, sich dem Vorwurf auszusetzen, Preußen gegenüber nicht korrekt verfahren zu sein.

Die Verschleppungsversuche der Reichsregierung.

Ministerialrat Badt erwiderte namens der preussischen Regierung, daß alles getan sei, um die Sache schneller zu erledigen. Vorwürfe gegen die preussische Regierung können keineswegs erhoben werden. Die Darstellung in einem Teil der heutigen Morgenpresse sei nicht zutreffend. Die preussische Regierung habe zunächst ein Initiativgesetz des Reichsrats gewünscht. Als dann aber der sozialdemokratisch-demokratische Antrag im Reichstag gestellt worden sei, habe die preussische Regierung sofort die Überleitung dieses Antrages beim Reichsinnenministerium verlangt.

Abg. Wunderlich (D. Sp.) behauptet die Darstellung der Differenzen zwischen Preußen und der Reichsregierung. Er wundert sich, daß bei dem Eintritt der Sozialdemokraten für den Einheitsstaat gerade die Sozialdemokraten jetzt auf den neuen Reichsratsbeschlüssen Gewicht legen.

Abg. Kahl (D. Sp.) weist darauf hin, daß Oberpräsident Hörning leider im Reichsrat den Reichstag kritisiert habe, indem er sagte, daß das Verfahren im Reichstag nicht sehr gut sei. Der Rechtsausschuss sei mit Arbeiten überhäuft gewesen und habe nur deshalb über den Verfassungstag noch nicht früher entscheiden können.

Abg. Rosenfeld stellt auf Grund der Besprechungen der Vertreter der preussischen und der Reichsregierung fest, daß es also die Reichsregierung sei, die die Schuld daran trage, daß der Reichsrat erst gestern zur Verfassungstagsfrage Stellung genommen habe. Das sei eine direkte Verschleppung.

Oberpräsident Hörning habe vollkommen recht gehabt, wenn er davon gesprochen habe, daß die Sache im Reichstag nicht sehr gut gelaufen sei. So sei es in der Tat. Für den Einheitsstaat treten die Sozialdemokraten allerdings ein. Aber noch sei er nicht da, und solange er nicht da sei und der Reichsrat bestehe, sei für die Sozialdemokratie kein Grund vorhanden, sich nicht auf wichtige Reichsratsbeschlüsse zu stützen.

Reichsminister von Keudell behauptet die Differenzen zwischen Preußen und dem Reich. Wenn er über die geheime Reichsratsitzung Auskunft geben könnte, würde sich ergeben, daß der Reichsregierung Vorwürfe nicht zu machen seien.

Ministerialdirektor Badt stellt nochmals fest, daß er lediglich Angriffe gegen die preussische Regierung habe zurückweisen wollen. Genosse David weist darauf hin, daß durch den gestrigen Reichsratsbeschluss eine neue Situation geschaffen worden sei, der der Rechtsausschuss des Reichstages Rechnung tragen müsse.

Es geht nicht an, daß der Reichsrat entgegen seiner früheren Stellungnahme der Ansicht ist, daß in unserem Antrag eine Verfassungsänderung nicht liegt. Erst jetzt wissen wir ferner, daß die Mehrheit der Länderregierungen, die das Gesetz durchführen wollen, dieses Gesetz wünschen.

Es ist auf das Tiefste zu bedauern, daß wir diese beiden Tatsachen nicht schon früher gekannt haben. Nachdem wir jetzt all dies erfahren haben, müssen wir die Beratungen schnell zum Abschluss bringen. Wir wünschen gewiß keine Konflikte zwischen Reich und Preußen. Aber wir wissen ja auch, daß Bayern zunächst das böse Beispiel eines Konflikts mit dem Reich gegeben hat. Der jetzige Konflikt zwischen Preußen und dem Reich ist nur die Konsequenz aus dem damaligen Verhalten Bayerns.

Abg. Schulte (Z.) behauptet, daß durch den Antrag Rosenfeld, auf Trennung der Anträge bezüglich des Verfassungstages und der kirchlichen Feiertage die gestrigen Beratungen hinsichtlich werden sollten. Seine Freunde lehnten die Trennung ab. Sie wollten gleichzeitig die kirchlichen und die anderen Feiertage einheitlich regeln. Auch seine Freunde wie der Vorsitzende Kahl seien der Ansicht, daß eine Verfassungsänderung nicht vorliege. Um so ruhiger könnte man im Laufe eingehender Besprechungen die Basis für eine sachliche Einigung finden. Das sei in der Eile aber nicht notwendig. Nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages im Herbst müßte die Lösung gefunden werden zur Befriedigung des gesamten Volkes.

Abg. Freitag-Loringhove (Dnat.) hält eine Obstruktionsrede, in der er lange Ausführungen über verschiedene staatsrechtliche Fragen macht.

Abg. Haas (Dem.): Im Lande entsteht der Eindruck, daß der Reichsrat Energie zeigt, während der Reichstag schlapp ist. Wenn das Zentrum den 11. August an diesem Tage selbst nicht erst am nächsten Sonntag feiern lassen will, können wir noch heute einig werden. (David: Das ist der springende Punkt!)

Abg. Neubauer (Komm.) hält eine allgemeine politische Rede. Abg. Barteld (Dnat.) macht historische Ausführungen über die frühere Haltung der Parteien in dieser Frage. Weiter sprechen noch die Deutschnationalen Lohmann und Kumm. Die Uhr zeigt 12. In einer Stunde müssen die Beratungen abgebrochen werden, weil das Plenum zusammentritt.

Abg. Pflieger (Bayer. Sp.) will alles mit Ruhe behandeln und sich auch durch den Reichsrat nicht aus dieser Ruhe herausbringen lassen.

Abg. Brodau (Dem.): Der Eindruck dieser Debatte draußen wird miserabel sein. Der Reichsrat ist uns vorangegangen.

Draußen wird man es nicht verstehen, wenn der Reichstag dem Reichsrat nicht folgt.

Auch die Zentrumsanhänger werden peinlich berührt sein. (Schulte vom Zentrum ruft: Wenn wir noch acht Tage Zeit hätten, würden wir fertig werden!)

Wegmann (Z.): Gegen den 11. August als Feiertag haben wir schon immer Bedenken gehabt. (1. Red.) Der Sonntag danach wäre uns lieber. Wir haben einen einstimmigen Beschluss gefasst und können nicht bis morgen umfallen. Außerdem hätten wir ja auch mit den Demokraten und dem Zentrum keine Mehrheit.

Reichsinnenminister von Keudell bittet, den Zentrumsantrag weiter als Grundlage der Beratungen zu behandeln.

Nunmehr wird der sozialdemokratische Antrag, die Frage des 11. August als Nationalfeiertag getrennt von der Frage der kirchlichen Feiertage zu behandeln, mit 14 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Damit ist die Entscheidung gefallen. Der Reichstag wird dem Wunsch des Reichsrats nicht Rechnung tragen, sondern auseinandergehen, ohne den 11. August zum Nationalfeiertag erhoben zu haben.

Darauf soll die Generalausprache von gestern fortgesetzt werden. Barth (Dnat.) wünscht Beratung. Der Vorsitzende Kahl (D. Sp.) gibt jedoch der Genossin Pfüll das Wort.

Die Schuld des Zentrums.

Frau Pfüll (Soz.): Das Zentrum kann von Entgegenkommen an uns wahrhaftig nicht sprechen. Hat doch Herr Schulte früher die Schaffung des Nationalfeiertages als eine eigene Herzenssache des Zentrums bezeichnet. Wir haben niemals die Absicht gehabt, einer Regelung der kirchlichen Feiertage entgegenzutreten, aber jetzt ist es uns darum zu tun, wie früher auch dem Zentrum, das Gesetz über den Nationalfeiertag, das dringlich ist, so rasch als möglich zu verabschieden. Das Zentrum hat aber jetzt die Feier des 11. August preisgegeben. Es ist umgefallen. Wenn es Bedenken geben sollte gegen die Verfassungsfeier an einem Wochentag, so würden dieselben Bedenken auch für den nächsten Sonntag gelten, der doch auch in die Erntezeit fällt. Mag der Ausschuss später was immer beschließen, er wird nichts daran ändern, daß breite Volkskreise den 11. August von sich aus als einen Nationalfeiertag begehren werden.

Mit dieser Rede schließt die allgemeine Aussprache. Der Rechtsausschuss des Reichstages vertagt sich auf unbestimmte Zeit.

Zollkampf im Reichstag.

Die sozialdemokratischen Abänderungsanträge.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung stand als Hauptpunkt die zweite Beratung der Vorlagen über Zolländerungen. Vorher werden einige kleinere Angelegenheiten erledigt. Der Verlängerung der Geltungsdauer des Reisbegünstigungsvertrages zwischen Deutschland und Paraguay wird ohne Aussprache zugestimmt, ebenso der Verlängerung des Saarkabkommens zwischen Deutschland und Frankreich. Debatte über weiter einen Gesetzentwurf zugestimmt, der die Reichsregierung ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstages Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses und im Falle, daß der Reichstag nicht versammelt ist, vorläufig, jedoch längstens für die Dauer von drei Monaten, anzuwenden.

Für die Beratung der Zolloverlagen

hat der Kellereiausschuss beschlossen, daß die allgemeine Aussprache erst in der dritten Lesung vorgenommen werden soll, für die zweite Lesung wird Einzelberatung in vier Abschnitte geteilt, mit je einer halben Stunde Redezeit. Ein kommunistischer Antrag, den Bericht über die Weltwirtschaftskonferenz mit den Verhandlungen über die Zolländerungen zu verbinden, wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Für die zweite Lesung hat die Sozialdemokratie eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt. Sie verlangt die zollfreie Einfuhr von Futtermitteln, im Falle der Ablehnung dieser Forderung einen Zoll für Gerste von 1,30 M., für Mais und Datt 2,20 M. Der Zoll auf Schweinefleisch soll 21 M. betragen, die Einfuhr von Geflügelzucht zollfrei sein. Der Zoll für Verbrauchszucker soll auf 10 M., für andern Zucker auf 13 M. festgesetzt werden. Und diese Zölle sollen am 31. Juli 1928 außer Kraft treten. Weiter fordert die Sozialdemokratie die Aufhebung der Zucksteuer.

Zunächst gibt Abg. Hankens den Bericht des handelspolitischen Ausschusses, der die unveränderte Annahme der Vorlagen beantragt.

„Im Namen des Königs“ ...

Das Urteil gegen den „Vorwärts“.

Es war gewiß ein nicht alltägliches Verbrechen, das dem Vorsitzenden der Großen Strafkammer in Roßau, Landgerichtsrat Jamrath, passierte, als er bei der Verkündung des Urteils im Prozeß der Reichsmarineleitung gegen den „Vorwärts“ sich ver sprach und mit den Worten: „Im Namen des Königs - Verzeihung, im Namen des Volkes!“ das Urteil der Berufungsinstanz mitteilte.

Es war natürlich nur ein Versehen, aber, wie der Berliner zu sagen pflegt, dieses Versehen „läßt tief blicken“. Man sollte es eigentlich kaum für möglich halten, daß im neunten Jahre der Republik dem Vorsitzenden einer wichtigen Gerichtskammer in der Reichshauptstadt ein solcher falscher Jungenschlag passieren kann. Das mindeste, was man, ohne sich einer Uebertreibung schuldig zu machen, darüber sagen kann, das ist, daß es manchen älteren Richtern nicht leicht fällt, aus ihrer früheren königlich-preussischen Haut herauszukommen und daß ihre Gedankenwelt eben noch weit mehr einer längst überwundenen Vergangenheit gehört, als der Gegenwart oder gar der Zukunft. Daß dieser Irrtum Herrn Jamrath gerade am Schluß dieser mehrstündigen Prozeßverhandlung unterliefe, ist psychologisch durchaus erklärlich. Denn worum ging es eigentlich? Es ging um die Frage, ob die republikanische Presse berechtigt ist, wenn ihr aus den Kreisen der Wehrmacht Einzelheiten mitgeteilt werden, die auf eine tiefe innere Feindschaft von Offizieren der Deutschen Republik gegen die republikanische Staatsform und ihre verfassungsmäßigen Farben schließen lassen, im Interesse der Republik, das heißt der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, ihre Empörung darüber - auch in den schärfsten Formen - zum Ausdruck zu bringen.

Die Frage, ob die zunächst dem Karlsruher „Volksfreund“ durch einen Gewährsmann in San Franzisko übermittelten und vom „Vorwärts“ übernommenen Mitteilungen der Wahrheit entsprechen, ist im Gegenstand zur ersten Instanz, die sie als wahr unterstellt hatte, von der Berufungsinstanz offenbar verneint worden. Oder vielmehr: die Strafkammer hat dem von beiden Teilen - Reichsmarineleitung und „Vorwärts“ - eingebrachten Antrag auf gerichtliche, also eidliche Vernehmung sämtlicher Offiziere und Fähnriche des Kreuzers „Hamburg“ nicht stattgegeben, und damit, wie das Gerichtsurteil übrigens selbst hervorhebt, die Ermittlung der Wahrheit über die behaupteten Tatsachen verhindert. Die statt dessen erfolgte Vernehmung des Kreuzerkommandanten Groß konnte dem Zwecke der Ermittlung der Wahrheit unmöglich genügen. Es ist natürlich dem Kommandanten unbedingt zu glauben, wenn er unter Eid aussagt, daß ihm von jenen Vorfällen nichts bekannt geworden ist und auch nichts dienstlich darüber gemeldet wurde. Aber das beweist nicht viel, ebenso wenig, wie die dienstlichen Befundungen der „Hamburg“-Offiziere den gleichen Wert besitzen wie jene eidlichen Aussagen, die wir vergebens erstrebten.

Immerhin war es bemerkenswert, daß der Zeuge Kommandant Groß, als er von unserem Verteidiger, Genossen Landsberg, eindringlich nach der Stellung seiner Offiziere zu den schwarzrotgoldenen Farben befragt wurde, sich lange Zeit drehte und wandte, bis er schließlich die viel-sagende Antwort erteilte: „Das wissen Sie ja ebenso gut wie ich!“

Eben weil wir das so gut wußten, deshalb wußten wir uns berechtigt, den Angaben des Gewährsmannes vom Karlsruher „Volksfreund“ Glauben zu schenken. Von dieser Ueberzeugung ihrer Richtigkeit ausgehend - und das Gerichtsurteil hat unseren guten Glauben ausdrücklich bestätigt -, haben wir gegen die Offiziere, die diese Behauptungen betrafen (und nicht etwa gegen die Offiziere überhaupt), jene sehr scharfen Ausdrücke gebraucht, die die Strafkammer mit 1500 M. Geldstrafe sühnen zu müssen glaubte.

Indem das Gericht eine Beurteilung des „Vorwärts“ unter Verhinderung der restlosen Wahrheitsermittlung aussprach, hat es weder der deutschen Wehrmacht noch dem deutschen Volke einen Dienst erwiesen. Was wir wollen - und das war auch der einzige Zweck des infrimierten Artikels -, das ist durch rücksichtslose Anprangerung von politischen Mißständen in der Reichswehr und in der Reichsmarine diese zu bessern und dadurch das verschwendete Vertrauen eines sehr großen Teiles unseres Volkes zur Wehrmacht wieder herzustellen. Wenn man sich aber wie in den Zeiten, wo Urteile „Im Namen des Königs“ gefällt werden durften, auf den grundsätzlichen Standpunkt stellt, daß Offiziere maßlos und tabu seien, und daß sie dienstlich immer nur die reine Wahrheit sagen, dann wird man diesem Ziele nicht näher kommen.

Ebenso wenig wie die Rechtsprechung mancher deutscher Gerichte die Achtung vor den Farben der Nation zu steigern in der Lage ist. Weder bei den für unantastbar erklärten Offizieren der Republik noch bei dem gewöhnlichen Staatsbürger. Zwar schreibt das Gesetz zum Schutz der Republik - mit deutschnationaler Hilfe erst vor kurzem um zwei Jahre in seiner Geltungsdauer verlängert - einen erhöhten strafrechtlichen Schutz für die Nationalfarben vor. Aber eine Anzahl von deutschen Gerichten hat Personen, die vom Staatsanwalt wegen Beschimpfung der Reichsfarben angeklagt waren, mit der Begründung freigesprochen, es wären ja nur die Farben des Bundes

Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Süden-Westen.

Groß-Destillation
zum weißen Hirsch
Wilhelm Reimann [38]
Kottbusser Damm 21

Spree-Zelt
Alfred Ospalski
Hinter den Zelten
an der Spree
Während der Sommermonate
täglich erstklassiges
Garten-Konzert
Gutgepflegte Biere
und vorzügliche Küche
Solide Preise [60]

Hauptverkehrslokal
des Reidsbanners:
August Strunk [24]
Charlottenburg
Spree- Ecke Wallstr.
Etablissement Straußwiese
Inhaber: Wilhelm Lubosch
Niederschönhausen, Schloßallee 1-2
Jeden Sonntag
Riesen-Feuerwerk
Konzert - Tanz [89]
Vokalbelustigungen - Kasperle-Theater

Kaufhaus Max Cohn
(Inhaber Georg Hirschfeld)
Grünstr. 23-24 KÖPENICK am Schloßplatz
Das Haus der guten Qualitäten [78]

Café Schöneberg
Bierhaus /// Café /// Conditorei /// Festsäle
Hauptstraße 23-24
Inh.: Wolfgang Grange // Telefon: Stephan 8618
4 Verbandskegelbahnen 4 Verbandskegelbahnen
Tägl. erstkl. Künstlerkonzert / Treffpunkt der Schöneberger Bürger

Die Berliner Töpferhütte **Oelen jeder Art**
G. m. b. H. baut transportable so-
wie feststehende
für Wochenendhäuser
Oelen und Kachelherde, führt sämtliche Reparaturen und
Töpferarbeiten aus. — Kostenlose heiltechnische Beratung
und Vorschläge.
Berlin 50 36, Waldemarstr. 14 • Moritzplatz 9314

Ausführung sämtlicher
Glaserarbeiten
sowie Glas- u. Kittlieferungen
bestellen die Genossen vorteilhaft nur bei der
Glaserhütte G. m. b. H. Großglaser u. Glashandel Tel.: Nord. 10698
Berlin N 24, Friedrichstr. 120 u. Moritzpl. 12978

Juliuspark Rudow, Bahnhofstr.
Endstation der Linien 47 und 147 [70]
und **Schloßbrauerei-Ausschank Schöneberg**
Hauptstraße 122/23 Inh.: Frau Margarete Grämmer
empfiehlt in beiden Lokalen seine großen und kleinen Säle, sowie die herr-
lichen Naturgärten zu allen Veranstaltungen. In beiden Lokalen Kaffeekochen

Stadtbad Kreuzberg
Baerwaldstraße 64/67. [7]
Aller Art medizinische Bäder für Herren und Damen.
Geöffnet täglich von morgens 9 Uhr bis abends 7 Uhr
Kassenschluß 6 Uhr :: Zugelassen bei sämtl. Krankenkassen.
Schwimm-, Wannen- und Brausebäder.

Schlüter-Vollkornbrot
Verkaufsstellen gibt auf
Schlüterbrotfabrik Hansa 998 [3]

Genossenschafts-Tischlerei „Ideal“ E. O. m. H.
Tischlerei für Möbel.
Bau u. Innenausbau [105]
Neukölln (Hermannshof) Hermannstr. 49 • Tel. F 2 Neukölln 2444

„Zum Schulfleiß“ Hasenheide 22-31
(früher Unionsbrauerei)
Jeden Sonntag:
Großes Extra-Konzert und Solisten-Vorträge
Die Kaffeeküche ist eröffnet. — Der Beginn der
ständigen Wochentagskonzerte wird noch bekanntgegeben.
Danerkarten für die ganze Saison pro Person 1,50 M. inkl. Steuer.

Orpheum HASENHEIDE 32-38
Ecke Graefestraße
Telephon: Hasenheide 8526-8528
Säle für Vereinsfestlichkeiten jeder Art.
Dienstag und Donnerstag für Gartenbesucher Freitanz.
Sonntags: Varieté und Tanz.

Max Geist
Tabakfabrikate
Engroslager:
Stallschreiberstr. 23a
Filialen in Groß-Berlin
Frankfurt a. d. Oder
und Stargard i. Pommern

Kaufhaus Felix Richter
Neukölln [36]
Hermannstraße 161

Restaurant Belle-Alliance [14]
Belle-Alliance-Platz 8

Restaurant „Zum Löwen“
am Kottbusser Tor
Reichhaltige Küche
Täglich Konzert
Kugel 10, Gr. Seidel 15 Pf.
Große Mollé 25 Pf. [71]

Viktoria-Garten Treptow
Inh. Franz Nitschke
Am Treptower Park 25-26
88 Tel. Moritzplatz 10 609
Verkehrslokal der organisierten
Arbeiterschaft — Großer Konzert-
garten für 2000 Personen
Kaffeeküche
Kinderbelustigungen aller Art

Arbeiter und Händler
kaufen nur
„Zanta“
Zigaretten billig und gut. [49]
Zanta-Zigarettenfabrik.

„Fredy“-Schuh
Nur Gr. Frankfurter Str. 87
Eigene Fabrik! Spezialität: Handarbeit
Vorzeiger: 5 Proz. Rabatt! [3]

Auf FAHRRÄDER
SPRECHMASCHINEN
PHOTOAPPARATE
MUSIKINSTRUMENTE
WANDUHREN USW.
Ratenzahlung
Geringe Anzahlung niedrige
Wochenraten von 1 Mk. an.
- Katalog - kostenfrei und franco
Deutsche Warenkredit GmbH
BERLIN W.35. [20]

Größte
Berl. Korbmöbel-Fabrik
Friedrich Braune
Brunnenstraße 32
Chausseestraße 77
Kottbusser Damm 9 [26]

TESMA TÜRKEN 5 & DIE BESTE CIGARETTE

Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftl.
Versicherungs - Aktiengesellschaft
Die
Versicherung aller
Arbeiter und
Angestellten [5]
Auskunft erteilen alle Ver-
trauensleute, sowie
die Rechnungsstelle
Berlin S 42, Ritterstraße 126, I.

Epha
Würstchen
Die feinsten
EPHA-WERKE
BERLIN-BRITZ [98]

Bauhütte
Berlin G. m. b. H.
Gesellschaft für Bau-
ausführungen aller Art
Berlin SW 48, Wilhelmstr. 106
Fernsprecher:
Zentrum 3205, 3206, 3207 [23]

Berliner Weißbier-Brauerei
E. Willner, Berlin-Pankow
SPEZIALITÄT: [85]
Zum Wochenende: Flaschenbier
Nur Original-Brauereiabzug. Telefon: Pankow 6

**VOLKS-
FEUERBESTATTUNGS-VEREIN**
vormals Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin V.V. & G.
1913
UNTER REICHAUFSICHT
GESCHÄFTSGEBIET: DEUTSCHES REICH
MEMELGEBIET UND FREISTAAT DANZIG
HAUPTGESCHÄFTSSTELLE:
**BERLIN NW 40
ROONSTRASSE 4**
RUF: HANSA 1747/48, 5240.41
EIG. VERWALTUNGSGEBÄUDE
KEIN KIRCHENAUSTRITT ERFORDERLICH
NACH EINMONATIGER MITGLIEDSCHAFT
UNBEDINGTEN RECHTSANSPRUCH AUF
KOSTENLOSE, PIETÄTVOLLE BESTATTUNG
MAN VERLANGE KOSTENFREIE PROSPEKTE

Das Gebot der Stunde
ist der Eintritt
in den
**Erd- und Feuer-
Bestattungsverein
Groß-Berlin** [21]
W 35, Steglitzer Straße 66
Fernsprecher: Nollendorf 4168/69

Gebrüder Groh
Gegründet 1882
55 eigene Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen Groß-Berlins [6]
10 eigene Dampfmolkereien

Wochenende
erst richtig mit
Sökelands Pumpernickel
Sökelands Roggenschrotbrot
Diese sind überall zu haben,
aber beachten Sie den Namen
„SÖKELAND“

Restaurant Krampenburg
am Langen See, vis-à-vis Schmückwitz
Treffpunkt der
Arbeiterorganisationen
Gute Küche / Solide Preise
Tel. Köpenick 227, Johs. Stibbe

KROKODIL
Schlesisches Tor
Täglich
Großes Konzert
Gute und billige Küche
Solide Preise
Hochbahn-Krause.

Butter
A. Chill & Co
Eier-Käse
Filialen in fast allen
Stadtteilen [85]

Altes
Eierhäuschen
Treptow • Plänterwald
Tel.: Mpl. 7515 Tel.: Mpl. 7515
Bieler

Allen Organisationen empfiehlt sich
MAURER & DIMMICK • BUCKDRUCKEREI
BERLIN SO 16, KOPENICKER STRASSE 36/38

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren
Dickmann A.-G. W 57
Wochenendhäuser - Prospekte gratis!
Wald- u. Wasserparksellen - Nachweis.

Bettfedern Adolf Pohl
Dresdener Straße 15
(Fabrikgebäude)

FRISIER-SALON
für Damen und Herren
Gute Bedienung Solide Preise
Stadtbad Kreuzberg, Bäerwaldstr. 64-66

Billig. Bezugsquelle für fertige Herrenkleidung
F. Hamburg, Bln.-Steglitz Schloßstr. 102-103
Berufskleidung
Feine Herren-Ausstattungen :: Blinde, Invaliden und Witwen erhalten 5 Prozent Preisermäßigung!

Lohn der Notstandsarbeiter nicht pfändbar. Eine Entscheidung des Landgerichts I.

Das Amtsgericht Berlin-Mitte hatte einem Gläubiger das Recht zugesprochen, von einem Notstandsarbeiter 6 W. wöchentlich pfänden zu dürfen. In der Berufungsinanz hat die 9. Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin in der Sitzung vom 17. Juni der Berufung, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Barboš, stattgegeben und die Entscheidung des Amtsgerichts Mitte aufgehoben. In der nunmehr vorliegenden Begründung heißt es:

Nach § 18 Absatz 5 der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 ist die Erwerbslosenfürsorge in Form der Erwerbslosenfürsorge, gilt aber als Beschäftigung gegen Entgelt im Sinne der Reichsversicherung und als Beschäftigungsverhältnis im Sinne des Einkommensteuergesetzes. Wenn danach für den Notstandsarbeiter eine Versicherung und Steuerpflicht besteht, so ist die Vergütung für die geleistete Notstandsarbeit doch noch nicht wie gewöhnlicher Arbeitslohn pfändbar. Denn es ist in Erwägung zu ziehen, daß die Bewährung von Notstandsarbeiten in erster Linie eine Fürsorgemaßnahme bleibt, wie die Erwerbslosenfürsorge selbst. Der Zweck der Fürsorge aber würde nicht erreicht werden, wenn den Erwerbslosen das Einkommen aus der Notstandsarbeit wieder gepfändet werden könnte. Die öffentlichen Mittel für die Notstandsarbeiten werden auch nicht aufgewendet, damit die Gläubiger der Erwerbslosen daraus Vorteil ziehen. Daher ist es gerechtfertigt, ebenso wie die Erwerbslosenfürsorge auch das Einkommen aus Notstandsarbeiten dem Zugriff der Gläubiger der Erwerbslosen zu entziehen und es als unpfändbar zu betrachten.

Die Tarifpolitik des GdA. Von den Angestellten verurteilt.

Eine öffentliche Versammlung der Angestellten der chemischen Industrie beschäftigte sich mit der Tarifpolitik des GdA. Herr Krempel, dem die Unternehmer diesen Vertrag verbannten, war rechtzeitig eingeladen worden; man hatte ihm ausdrücklich Redefreiheit zugesichert, um seine Tarifpolitik zu verteidigen. Aber weder er, noch ein Vertreter für ihn war erschienen. Die Referenten des Abends gaben nochmals zusammenfassend

ein Bild des neuen Tarifvertrages der chemischen Industrie, wie ihn der GdA. als einziger Kontrahent mit den Unternehmern abgeschlossen hat.

Der Redner vom Autob. Günther, geißelte diesen Tarif mit Recht als einen Verrat an den Angestellteninteressen.

Für den Gedog sprach Lude, der sich dem Vorredner in seinen Ausführungen angeschlossen und besonders hervorhob, daß jede klare Bestimmung in diesem neuen Vertrag fehlt, so daß Herr Krempel ihn den Mitgliedern des GdA. auf seine Weisung ausdenken kann, ohne aber daß diese Ausdeutung irgendwelche Verpflichtung für die Unternehmer hätte.

Diese Taktik des Herrn Krempel belegte ein Diskussionsredner Uhlke, der Vorsitzende des Angestelltenrats der Bayerischen Stickstoffwerke, mit einem Beweis aus der Praxis. In einem von Herrn Krempel abgeschlossenen Tarifvertrag waren Lohnverkürzungen zugestanden, die aber angeblich vertragsgemäß nur bei Neueinstellungen zulässig sein sollten. Als die Firma jedoch auch bei anderen Angestellten diese Herabsetzung vornehmen wollte und daraufhin auf Erfüllung der Vertragspflicht vom Angestelltenrat geklagt werden sollte, zeigte sich, daß Herr Krempel von einer Klage abratete. Der Passus Lohnherabsetzungen seien nur für Neueinstellungen zulässig, stand nicht im Tarifvertrag, sondern nur, natürlich ohne jede gesetzliche Bindung, hinter den Unterschriften als protokolllarische Notiz. Andere Diskussionsredner konnten das Bild von Herrn Krempel vervollständigen. Die Versammlung legte mit allen gegen eine Stimme in einer Resolution scharfen Protest gegen den von dem GdA. für die Angestellten in der chemischen Industrie abgeschlossenen Vertrag ein, und lehnte seine Rechtsverbindlichkeit auch für Nichtmitglieder des GdA. ab. Unterhandlungen über einen neuen Tarifvertrag sollen umgehend aufgenommen und wenn nötig, mit den schärfsten Mitteln geführt werden.

Der Zuschlag in der Zigarettenindustrie. 25 Prozent von der ersten Ueberstunde ab.

In der Streitfrage zwischen dem Reichsarbeitsgeberverband der Zigarettenindustrie G. V. und dem Deutschen Tabakarbeiterverband, dem Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands, dem Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, dem Deutschen Verkehrsband, dem Deutschen Metallarbeiterverband über die Höhe des für Mehrarbeit festzusetzenden Lohnzuschlages ist gemäß § 6 a der Verordnung über die Arbeitszeit vom Schlichter

folgendes festgesetzt worden: Werden auf Grund der Bestimmungen des § 2 des Hauptvertrages vom 25. November 1926 Ueberstunden geleistet, so ist auch für die ersten vier Ueberstunden gemäß § 2, Ziffer 5 mit Wirkung vom 1. Juli 1927 neben dem Lohn eine Vergütung von 25 Proz. zu zahlen. Diese Regelung gilt für die Dauer des Hauptvertrages und kann mit denselben Fristen wie dieser gekündigt werden.

Arbeitszeiterhebung des Baugewerksbundes.

Vom Deutschen Baugewerksbund wird in der Woche vom 25. bis zum 30. Juli eine Erhebung über die Organisationszugehörigkeit im ganzen Organisationsbereich des Bundes vorgenommen. Außer der Zahl der Beschäftigten und deren Organisationszugehörigkeit sollen dann noch die Arbeitszeitverhältnisse ermittelt werden. Für jeden in dem Bau oder in der Werkstatt beschäftigten Beruf muß festgestellt werden, wie lang die regelmäßige Arbeitszeit in der Woche vom 25. bis 30. Juli ist, also ohne etwa geleistete zuschlagspflichtige Ueberstunden, und zwar die tägliche wie auch die wöchentliche Arbeitszeitdauer. Ferner soll festgestellt werden, wieviele von den Beschäftigten den tariflichen Lohn erhalten, wieviele weniger und wieviele mehr als den Tariflohn bekommen.

Beilegung des rheinischen Mühlenarbeiterstreiks.

Der Streik der rheinischen Mühlenarbeiter ist, wie uns gedruckt wird, auf dem Verhandlungswege gestern beigelegt worden. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen.

Der Streik in der pfälzischen Textilindustrie.

Lambrecht (Pfalz), 8. Juli. (T.L.) Der seit drei Wochen in einem Teil der pfälzischen Textilindustrie andauernde Zustand nimmt von Tag zu Tag größeren Umfang an. Nachdem sich die gelamten Belegschaften der Webereien mit den streikenden Webern solidarisch erklärt hatten, treten nunmehr auch die Belegschaften der Textilfabriken in Neustadt und Speyer in den Ausstand. Alle Verhandlungen sind bisher ergebnislos verlaufen.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Fußball: Dr. John Schifowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Kerschütz; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortworts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckverlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Rindfleischstr. 8, Hierzu 1 Beilage.

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99
Vom 8. bis 11. Juli 1927
Das Rätsel der Fledermaus
Ferner: Bühnenschau

Viktoria-Lichtbildtheater, Frankfurter Allee 45
Vom 8. bis 11. Juli 1927
Primanerliebe
Ferner: Bühnenschau

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Vom 8. bis 11. Juli 1927
Primanerliebe
Ferner: Bühnenschau

Passage-Lichtspiele, Neukölln, Bergstr. 151 52
Vom 8. bis 11. Juli 1927
Dirnentragödie
Ferner: Bühnenschau

Auf Teilzahlung Herren-, Damen-Garderobe
Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider
MÖBEL
bis 18 Monatsraten
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
Küchen, Einzelmöbel, Federbetten
Antel Gr. Frankfurter Str. 34
(Strausberger Platz).

Lesau's **Korbmöbel**
Führende Formen
Aparte Muster
Mäßige Preise
Verzinsung s. Katalog
Neukölln
Annenstr. 23 und
Hermannstr. 10
(Tel. Neuk. 1759)

Gerhard Kohnen
Das Haus für Volkskleidung und Berufskleidung
NEUKÖLLN
Hermannstraße 76-77
Schlafzimmer . . . 470,- H.
Speisezimmer . . . 310,-
Herrenzimmer . . . 255,-
Wohnzimmer . . . 275,-
Jugendkabinen . . . 110,-
Schreibtische . . . 95,-
Ankleidestühle . . . 75,-
Stühle . . . 95,-
Auf Teilzahlung
Nöbchhaus Kuntz
Neukölln, Prinz-Handjerystr. 2

Restaurant Müggelwerder
Telephon: Friedrichshagen 217
Einzige Insel auf d. Müggelsee
Eigene
Dampfer-Verbindung
vom Spittelmarkt: 1/10 u. 3 Uhr

Bernhard's Saison-Ausverkauf

Sehenswert! Sehenswert! Sehenswert!

Sie finden eine enorme Auswahl Sie kaufen sehr schöne und sehr preiswerte Waren
Sie freuen sich, weil Ihr Kauf Sie nicht enttäuscht, sondern befriedigt hat

Das reizende Voile-Kleid wie Abbildung 975
in entzückenden Farbtönen 15.75

Das wunderschöne Crêpe-de-Chine-Kleid 1975
. 25.75

Die schönsten Brautkleider

Der wunderschöne Mantel 1975
aus gutem Herrensstoff 29.75

Der reizende Seidenmantel 1175
. 24.75, 15.75

Große Auswahl in Trauerkleidung

Kostüme 1875 Gummi-Mäntel 1975
34.75 29.75 29.75

W. Bernhard Nachfg.
SW, Belle-Alliance-Str. 105 u. 101, am Hallschen Tor

J. BAER

BADSTR. 26 ECKE PRINZENALLEE

Fertige
Herren- u. Knaben-Bekleidung
in nur anerkannten Qualitäten für jede Figur

Die **Maßabteilung**
unter Leitung bewährter Zuschneider, bringt das Geschmackvollste hervor

Große Auswahl in Gabardine-, Gummi- und Lodenmäntel, Windjacken, Sport- und Berufskleidung

Residenz Casino
Blumenstr. 10
80 Fischtelefone
Wasser- u. Lichtwunder

Sie ahnen es nicht Gardinen, Teppiche, Möbelstoffe verblüffend herabgesetzt im

Saison Ausverkauf

Verkauf im Lichthof Nur soweit Vorrat!

Ein Posten langer **Gardinen-Schals** zum Ausschauen
Serie I 1.95 Serie II 1.25
Haben Sie schon so billig gekauft?

Ein Posten **Gardinen-Reste** zum Ausschauen
Serie I 75 Serie II 50
Serie III 35 Serie IV 5

Beginn 1. Juli

Zum Ausschauen!

Ein Posten Künstler-Gardinen	Ein Posten Halb-Stores!
passend bis 4 Fenster, zum Teil leicht angestaubt	darunter 1 a Filet-Antik Handarbeiten
Serie I . . . früher 4.50 jetzt nur 1.90	Serie I . . . früher 4.50 jetzt nur 1.90
Serie II . . . früher 10.— jetzt nur 3.90	Serie II . . . früher 9.75 jetzt nur 3.95
Serie III . . . früher 21.— jetzt nur 7.90	Serie III . . . früher 14.50 jetzt nur 5.90
	Serie IV . . . früher 25.— jetzt nur 9.90

Etamin 150 cm breit . . . Mtr. 55 Gardinen-Mull doppeltbreit . . . Mtr. 75 Scheibenschleier abgep., z. Ausschauen St. 15

Ein Posten **Balldecken über 2 Ballen**
teils angestaubt, teils mit kleinen Fehlern: darunter 1 a Filet-Antik-Handarbeiten
statt 18.— nur 10.90 statt 14.— nur 7.90 statt 10.50 nur 5.90 statt 7.90 nur 3.90

H. Joseph & Co. Neukölln
Berliner Str. 51 55

Ein Posten **Teppiche Decken Läuferstoffe** mit kleinen Fehlern teilweise bis **50%** herabgesetzt
Ein Posten **Linoleum Reste** 1.90